

des ökumenischen Wegs anzugehen und dabei neu nach der Rolle und den Möglichkeiten des Ökumenischen Rates zu fragen.

Emilio Castro kam in seinem Bericht vor dem Zentralausschuß auch auf mögliche Veränderungen in der Arbeitsweise des ÖRK zu sprechen: „Möglicherweise führt unsere derzeitige Organisationsform auf unabsehbare Zeit zu immer neuen Programmen und verzettelt unsere menschliche Kraft in unabhängig voneinander operierende Abteilungen und hindert damit die Kirchen daran,

alle Arbeit zu begleiten, die in ihrem Namen geschieht.“ Er stellte zur Diskussion, ob es nicht in Zukunft eine flexiblere Organisationsform bräuchte als die derzeitigen Programmeinheiten. Ob es in absehbarer Zeit zu einer durchgreifenden organisatorischen Reform in der Arbeit des ÖRK kommt, läßt sich im Jubiläumjahr nicht absehen. Vermutlich liegen die Zukunftschancen des Rates in der ökumenischen Bewegung aber am ehesten in der Verbindung von Klarheit in den grundlegenden Zielsetzungen und Flexibilität in der konkreten Arbeit. *Ulrich Rub*

„Vermitteln, daß Normalität auch ein Wert ist“

Ein Gespräch mit Wolfgang Schäuble

„Probleme der Politikvermittlung“ war das Thema des folgenden Interview-Gesprächs mit dem Chef des Kanzleramtes, Bundesminister Wolfgang Schäuble. Anlaß dazu waren die gerade bei der jüngsten Steuerreform sichtbar werdenden Symptome eines Auseinanderfallens zwischen politisch-parlamentarischer Willensbildung und öffentlicher Meinung. Schäubles Grundthese: Akzeptanz beim Bürger lasse sich erst durch die politische Entscheidung selbst schaffen; der politische Streit sei notwendig, weil freiheitsstiftend, aber solange kontrovers diskutiert werde, übertreffe die Ablehnung notwendigerweise die Zustimmung. Die Fragen stellte David Seeber.

HK: Herr Minister Schäuble, Demoskopen bestätigen Politikern Vertrauensverlust bei der Bevölkerung, Intellektuelle – siehe einen Beitrag von Hans Magnus Enzensberger vor nicht allzu langer Zeit in der „Zeit“ – konstatieren Machtverlust der Politiker im Blick auf die Organisation von öffentlicher Meinung, und Politiker selbst klagen über Überforderung durch ungestüme Politikerwartungen der Bevölkerung. Da mag schwer zu beurteilen sein, was zutrifft und was nicht zutrifft, was stimmt und was nicht stimmt. Sicher stimmt einiges in der Politikvermittlung nicht. Aber was?

Schäuble: Wenn die von Ihnen angesprochenen Probleme und Stimmungen mit – möglicherweise unzulänglicher – Politikvermittlung zusammenhängen sollten, dann müßte ich ja mehr als jeder andere in der Lage sein, es zu ändern. Insofern bin ich bei der Beantwortung Ihrer Frage ein wenig zögerlich ...

HK: Möglicherweise ist es naiv, den Minister in der Regierungszentrale zu fragen, wo es in der Politikvermittlung klemmt. Aber wenn es klemmt, haben gewiß Sie zuallererst eine Meinung dazu, vor allem wenn geklagt wird, Politik werde blaß, unkenntlich, undeutlich.

Schäuble: Ich finde es völlig in Ordnung, daß Politik nach einer Aufwärtsentwicklung von über 40 Jahren wenig auf-

regend wirkt. Die außenpolitische Situation ist alles in allem nicht von großen Krisen gekennzeichnet. Die Wirtschaft hat sich auf einem hohen Niveau stabilisiert; das soziale Klima ist – bei allen Problemen, die wir z. B. mit der hohen Arbeitslosigkeit haben – sehr gut. In einer so langen Periode von Wohlfahrt reduziert sich Politik zwangsläufig ein Stückweit auf Normalmaß. Was wir lernen müssen: unterscheiden, was Politik in demokratisch-pluralistischen Staaten leisten kann, und auseinanderhalten, was Menschen kurzfristig erregt und in den Medien sich entsprechend niederschlägt und was mittelfristig wichtig ist. Nirgends ist es wichtiger als in der Politik, zwischen Kurzzeit- und Langzeitgedächtnis zu unterscheiden. Um mittel- und langfristig seriös zu sein, müssen wir versuchen, die kurzfristigen Erregungen zu dämpfen.

„Politik kann nicht die ganz großen Veränderungen leisten“

HK: Sie gehen das Problem von der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik her an. Aber macht nicht gerade Erfolg die Leute politisch anspruchsvoller, während der politische Apparat zu verkrusten droht?

Schäuble: Ich kann den Tatbestand, den Sie beschreiben, nicht bestreiten. Aber ich denke, daß wir gerade deswegen lernen müssen, sowohl auf unserer Seite wie auf der Seite derjenigen, die Erwartungen an die Politik formulieren, bescheidener zu werden. Politik kann gerade in einem freiheitlichen Staat nicht alles leisten, was von ihr erwartet wird. Es ist auch gar nicht ihre Aufgabe ...

HK: Sondern ...

Schäuble: Aufgabe der Politik ist es, auf der Basis eines trotz Unbehagens und ständiger Erregung breiten Grundkonsenses über die Qualität des Gemeinwesens Bundesrepublik das Maß an Freiheit, das uns gegeben ist, zu

bewahren und den Frieden nach innen und außen zu erhalten. Aber sie kann nicht – schon gar nicht von heute auf morgen – die ganz großen Veränderungen leisten, und sie kann in einem freiheitlichen System auch nur sehr begrenzt Konsens in Grundfragen der menschlichen Existenz stiften.

HK: Sie wollen politische Führung im wesentlichen auf Machtverwaltung und Machtausgleich beschränken?

Schäuble: Mit Sicherheit nicht, auch wenn ich den verwaltenden Teil nicht geringschätze. Politik hat natürlich auch Wertvorstellungen zu vermitteln. Sie kann das aber in einem freiheitlichen System – und damit dieses erhalten bleibt – nur streitig tun: In Auseinandersetzung um die Verwirklichung von Grundwerten zwischen den Parteien.

HK: Aber das Bild, um nicht zu sagen, der Gehalt von Politik entscheidet sich meist schon in Vordergründigerem. Wenn eine Regierungskoalition eine in sich strittige Steuerreform durch Begünstigung von Hobbyfliegern und durch Konzessionen an Bezieher von Jahreswagen noch zusätzlich in Mißkredit bringt – wobei das Hobbyfliegerbenzin sehr viel mehr Furore machte als die Jahreswagen –, dann stimmt doch bei denen, die politisch entscheiden, etwas nicht in der Einstellung zur Bevölkerung. Es hätte um drei Ecken vielleicht noch Sinn gegeben, hätte man welche oder jemanden bewußt damit ins offene Messer des Volkszorns laufen lassen ...

Schäuble: So war es nicht. Aber Sie haben recht, es hätten auch die Jahreswagen werden können. Sie wissen es vorher nicht ganz genau. Wenn Franz Josef Strauß sich für Jahreswagen stark gemacht hätte und Lothar Späth für Flugbenzin, wären vielleicht die Jahreswagen das große Ärgernis geworden. Aber ich will Ihrer Frage nicht ausweichen, ich will nur wenigstens noch eine Bemerkung machen zum Komplex Flugbenzin. Ich hatte auf dem Landtag der Jungen Union Baden-Württembergs in Meersburg, der recht spektakulär verlief, eine für mich nicht einfache Diskussion zu bestehen. Am Schluß hieß es dann, es habe sich ganz überzeugend angehört, was ich vorgetragen hatte, nur sei das eigentlich nicht ihr Thema. Es gab auch da eine ganze Menge rationaler Elemente, aber interessieren tut halt häufig anderes.

HK: Die Beachtung der sozialen Symmetrie oder der Proportionen bei Steuersubventionen ist auch ein rationales Moment ...

Schäuble: Das mit der sozialen Symmetrie ist so eine Sache, wenn sich der Ärger einmal an einem bestimmten Punkt festgemacht hat. Aber meine Antwort auf Ihren Widerspruch ist: Wenn Sie Veränderungen größeren Ausmaßes vornehmen, ob bei den Steuern, im Gesundheitswesen, bei den Ladenschlußzeiten oder bei der Einführung schadstoffarmer Autos, so werden solche Veränderungen immer im Sinne des Kurzzeitgedächtnisses kontrovers diskutiert. Bei jeder Entscheidung gibt es vielleicht, wenn es gut geht, 50 Pro- und 50 Contra-Argumente. Das ist auch nicht anders zu erwarten, denn das

absolut Richtige im Sinne des Nichtbestreitbaren gibt es in der Politik nicht. Aber die Contra-Argumente werden in der Tagesdiskussion immer stärker beleuchtet als die Pro-Argumente. Darin zeigt sich ein Stück Eigengesetzlichkeit solcher Diskussionsprozesse. An ihr haben die Medien ihren besonderen Anteil, was ihnen aber gar nicht vorzuwerfen ist. Wir vertreten ja alle lieber die vom Gesprächspartner abweichende Meinung als die mit ihm übereinstimmende. Anders wäre es ja auch langweilig. Um diese Eigendynamik muß man aber wissen und muß neben den kurzfristigen Kontroversen die langfristigen Wirkungen im Auge behalten ...

„Zunächst wird es immer mehr Tadel als Lob geben“

HK: Die Wirklichkeit wird in der Regel anders geschildert. Politiker rechnen im Blick schon auf die nächsten Wahlen mit dem Kurzzeitgedächtnis der Bevölkerung ...

Schäuble: Ich leugne nicht, daß es das auch gibt. Aber es widerspricht nicht dem, was ich eben gesagt habe. Ob Sie die Reform des Gesundheitswesens nehmen oder die schadstoffarmen Autos, es wird zunächst immer mehr Kritik als Zustimmung, immer mehr Tadel als Lob geben.

HK: Von einer Regierung wird erwartet, daß sie wenigstens eine erkennbare Grundlinie durchhält. Es wäre, um bei der Steuerreform zu bleiben, so schwer nicht gewesen, dem Bürger das Verhältnis von Entlastungen und Anpassungen sowohl unter wirtschaftlichen wie unter gesellschaftspolitischen Aspekten zu erklären ...

Schäuble: Der größte Fehler bei der Steuerreform war, daß die Diskussion zu lange gedauert hat. Noch bis zur Sitzung des Bundesrates am 9. Juli gab es Zweifel, ob sie zustande kommt. Insgesamt dauerte die Entscheidungsphase – belastet durch streitfördernde Teildiskussionen wie Spitzensteuersatz, Albrecht-Initiative u. a. m. – 1½ Jahre. Das war zu lang. Denn solange nicht entschieden ist, verläuft jede Diskussion kontrovers mit dem Ergebnis, daß die kritischen Punkte überbeleuchtet werden. Ist die Entscheidung gefallen, beruhigt sich das, und die positiven Aspekte setzen sich durch. Die Leitlinie war von Anfang an klar: Wir wollen den Staatsanteil senken, der Staat soll seine Aufgaben erfüllen können, aber nicht die dynamischen Kräfte in der Gesellschaft lähmen. Und wir wollen ein leistungsfreundliches Steuerrecht. Dem dient die Tarifreform.

HK: Sind verlängerte und verundeutlichende Diskussionsprozeduren eine besondere Last bürgerlicher Koalitionen, um nicht zu sagen bürgerlicher Parteien, die sich schwerer tun, politische Ziele zu organisieren als beispielsweise die solidaritätsfähigeren Sozialdemokraten?

Schäuble: In dem Punkt stimme ich Ihnen 100prozentig zu. Zwar hat sich, wie die Spätphase der Regierung Schmidt gezeigt hat, inzwischen auch die SPD verändert. Aber sie ist noch mehr Kampfpartei. Sie hat es – für mich

ein erstaunliches Phänomen – geschafft, von 1969 bis 1982 eine Koalition anzuführen und dennoch sich ihrer Anhängerschaft gegenüber wie eine Oppositionspartei zu verhalten. Bürgerliche Parteien können so etwas nicht. Sie sind distanziert, neigen nicht zu Solidarität, lassen sich nicht auf Formeln und Begriffe festlegen. Sozialdemokraten können Ziele und Parolen zentral formulieren, die Untergliederungen übernehmen sie. Das ergibt natürlich eine größere Einheitlichkeit der Diskussion ...

HK: Die CDU scheint sich diesbezüglich besonders schwerzutun ...

Schäuble: Auch da kann ich nicht widersprechen. Die CDU ist zwar mehr Volkspartei als jede andere Partei. Aber sie muß als solche nicht nur versuchen, ganz unterschiedliche Schichten, Gruppen und Interessen an sich zu binden. Sie ist auch eine föderale Partei mit sehr unterschiedlichen Tendenzen, Machtzentren und Einflusssphären in den Ländern und in den Landesverbänden ...

HK: Mit deutlicher Neigung zu „Regionaldemokratie“, wie sich jüngst ein CDU-Mann aus dem Norden ausdrückte ...

Schäuble: Ob man es Regionaldemokratie nennen soll, sei dahingestellt. Sicher ist, daß sich das föderale Element in der Oppositionszeit von 1969 bis 1982 noch verstärkt hat. Aber niemand hat ein Recht, sich darüber zu beklagen, auch der Bundeskanzler nicht, weil er diese Entwicklung in der Oppositionszeit selbst gefördert hat. Wir haben damals über den Bundesrat Politik gemacht. Jetzt, wo wir in der Regierung sind, müssen Landesfürsten ein Stück Machtverlust verkraften. Das schafft Probleme. Überdies sind wir Christdemokraten eine Union zweier Schwesterparteien. Auch das macht bekanntlich die Sache nicht einfacher, ist aber keine Erfindung der Bundesrepublik, sondern geht bis in die Bismarckzeit zurück. Und nicht zu vergessen: Union und FDP sind sich zwar in den Grundübereinstimmungen näher als SPD und FDP. Aber CDU und FDP konkurrieren gerade wegen der großen Übereinstimmungen auch viel härter miteinander als FDP und SPD, die sich im politischen Alltag kaum wehtun.

„Die Distanz zwischen Mandatsträgern und Bürgern ist geringer, als sie jemals war“

HK: Wie lassen sich Diskussions- und Entscheidungsprozesse angesichts der vielen Beteiligten mit ganz unterschiedlichen Interessen transparenter machen, versachlichen, vielleicht auch abkürzen? Könnte eine Verlängerung der Legislaturperioden und eine Zusammenlegung von Landtagswahlen – irgendwo wird immer gewählt – Hektik aus dem politischen Prozeß nehmen?

Schäuble: Das zu versuchen, wäre aussichtslos. Was wir erreichen müssen, ist eine Entdramatisierung regionaler Wahlen. Es ist einfach nicht wahr, daß jede Kommunal-

wahl in irgendeinem Teil der Bundesrepublik Deutschland gleichzeitig eine Abstimmung über die Bundespolitik ist. Deswegen bin ich auch gegen allzu massives Auftreten von Bundespolitikern in Landtagswahlkämpfen. Aber vor allem müssen wir die Diskussionsprozesse selbst straffen. Bei der Steuerreform ist uns das nicht gelungen, bei der Gesundheitsreform zeichnen sich schon kürzere Fristen ab ...

HK: Damit schaffen Sie aber möglicherweise das Gegenteil von Transparenz und Verständnis beim Bürger. Im Grunde läuft es doch auf den Zwang hinaus – der Bundeskanzler hat es schon anschaulich vorgeführt – Reformen u.U. auf Kosten ihrer Qualität unter Terminzwang durchzudrücken. Die Leute begreifen dann erst recht nicht und fühlen sich düpiert ...

Schäuble: Wenn die These richtig ist, daß in Diskussionsprozessen, zumal in unserer bürgerlichen Anhängerschaft, die negativen, die kritischen Aspekte stärker zum Tragen kommen als die positiven, dann besteht erst, wenn der Diskussionsprozeß beendet ist, hinlänglich die Chance, daß eine bestimmte Entscheidung verstanden und akzeptiert wird. Damit will ich den Wert politischen Streits, der freiheitsstiftend ist, auch wenn man ihn gelegentlich als lästig empfindet, nicht geringschätzen und auch nicht die Möglichkeit von Partizipation durch breite Information.

HK: Aber die Leute wollen auch in einem repräsentativen System am Meinungsbildungsprozeß selbst teilnehmen, und das verkürzt immerhin die Distanz zwischen Bürgern (Wählern) und Mandatsträgern ...

Schäuble: Die Distanz zwischen Mandatsträgern und Bürgern ist heute geringer, als sie es jemals war. Jedenfalls ist das meine Überzeugung. Und die Austauschprozesse funktionieren auch. Wir können das jede Woche auf unseren Fraktionssitzungen feststellen: Die Abgeordneten wissen über die Stimmungen in der Bevölkerung, jedenfalls was die Kurzzeitprozesse betrifft, recht genau Bescheid. Dabei können wir sogar feststellen, daß die Stimmung in der Gesamtbevölkerung weniger ungünstig ist als in der eigenen Anhängerschaft. Diese kritisiert die Regierung schärfer als die Gesamtbevölkerung ...

HK: Gilt das noch und wenn ja, woran liegt es?

Schäuble: Es hat sich in der Sommerpause etwas beruhigt, aber im Kern ist es noch so. Das Problem ist natürlich, daß die eigene Anhängerschaft, die Funktionäre auf allen Ebenen, die Mitglieder, aber auch alle diejenigen, die sich zu uns bekennen, ohne aktiv Politik zu treiben oder zur Partei zu gehören, besonders überzeugt und besonders motiviert werden müssen. Dies ist nicht einfach. Jede Fernsehsendung wirkt ja sofort in die eigene Anhängerschaft hinein, sie wirkt über die Abgeordneten, aber auch in vielfältigen anderen Prozessen, und zwar in kürzester Zeit bis in das Zimmer des Bundeskanzlers. Das erleichtert nicht die Motivation der eigenen Anhängerschaft. Aber die Sorge, daß der Informationsaustausch und auch

die Sensibilität für Stimmungen nicht funktioniert, habe ich überhaupt nicht ...

HK: Darstellungsdefizite im Diskussions- und Entscheidungsprozeß selbst können aber auch die Akzeptanz nach der Entscheidung behindern, und jede Regierung ist schon aus Gründen der Machterhaltung bestrebt, das zu vermeiden, wenn sie es von ihrer inneren Struktur her kann ...

Schäuble: Ich bestreite nicht, daß es Defizite gibt, aber im Kern glaube ich, kann man nur getroffene Entscheidungen wirklich vermitteln, und das braucht seine Zeit. Wenn mir gelegentlich von Wirtschaftsführern gesagt wird, ihr bräuchtet bessere Verkäufer, Werbeleute und PR-Berater, dann sage ich, ob sie schon einmal darüber nachgedacht haben, daß es im Wettbewerbsrecht für die Wirtschaft das Verbot der vergleichenden Werbung gibt, daß niemand das Produkt des Konkurrenten schlecht machen darf. In der Politik dagegen herrscht das gegenteilige Gesetz: Man preist zwar auch das eigene „Produkt“ an, macht aber in erster Linie im Sinne der Machtbeschränkung die Politik des Gegners schlecht. Das ist unvermeidbar ...

„Die Verantwortung für die Schöpfung ändert nichts daran, daß Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip getroffen werden müssen“

HK: Sie sind kein Freund plebiszitärer Elemente im demokratischen Entscheidungsprozeß?

Schäuble: Überhaupt nicht. Ich bin durchaus dafür, daß viele sich an der politischen Diskussion beteiligen können. Ich finde es auch positiv, daß Menschen sich in Bürgerinitiativen engagieren, auch wenn hinter der Pluralität von Interessen immer auch ein Stück Egoismus sichtbar wird. Nur, für mich muß völlig klar sein, daß Entscheidungen nach dem repräsentativen Prinzip stattfinden und der gerichtlichen Überprüfung offenbleiben. Alles andere würde, davon bin ich überzeugt, unserer freiheitlichen Ordnung nicht bekommen.

HK: Aber es gibt aufgrund der neu entstandenen Großrisiken ein stärkeres Gefühl der Betroffenheit, von daher auch mehr grundsätzliches Mißtrauen gegenüber allem, was politisch läuft, aber undurchsichtig bleibt. Wie wollen Sie dem begegnen?

Schäuble: Wir haben durch die Omnipräsenz vor allem der elektronischen Medien weltumspannend eine – jedenfalls vordergründig – ungeheuer vergrößerte Informiertheit aller Menschen und insofern ein viel größeres Problembewußtsein. Und es gibt natürlich die großen Fragen der Sicherheit von der Kernenergie bis zu den weltweiten klimatischen Veränderungen, die für mich eigentlich das aufregendste Thema sind. Aber auf der anderen Seite steigt unsere Lebenserwartung ...

HK: Das besagt nur, daß wir trotz aller Gift-Skandale lebensfähig bleiben, aber es wird jene kaum beruhigen, die um die Erhaltung der Lebensgrundlagen und damit um den Fortbestand der Menschheit bangen.

Schäuble: Gewiß, aber an diesem Punkt kommen wir in einen Bereich, der letztlich jenseits der Politik liegt. Politik und auch diese Regierungskunst können die Begrenztheit irdischer Existenz nicht aufheben. Das hätten Menschen zwar gerne: Not, Krankheit und Tod aus ihrem Leben verbannt und die Endlichkeit der Welt auch, aber das geht nicht. Natürlich ist die Verantwortung für die Schöpfung zu einer politischen Kernaufgabe geworden. Doch das ändert nichts daran, daß Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip und von den gewählten Repräsentativorganen getroffen werden müssen.

HK: Aber erwarten die Leute von Politik bzw. von denen, die Gesetze machen und die regieren, nicht – heute mehr denn je – Entlastung von Risiken, Gewährung von Sicherheiten, besonders dort, wo es um Sein oder Nichtsein geht?

Schäuble: Kann Politik den Menschen wirklich die Angst vor den Risiken, bei denen es um Sein oder Nichtsein geht, nehmen?

HK: Es besteht die Erwartungshaltung und mit der muß man sich wohl auseinandersetzen ...

Schäuble: Ich weiß, daß viele heute das von Politik erwarten, aber damit überfordern sie diese, und zwar nicht nur Politik allgemein, sondern jede Regierung, die Gesetzgebung und die staatlichen Institutionen. Wer Unmögliches will, wird gar nichts erreichen. Stetigkeit und Beharrlichkeit, konsequentes Vorgehen in kleinen Schritten bringen Fortschritt. Denken Sie an die Politik zur Luftreinhaltung oder daran, daß wir seit 40 Jahren Frieden haben. ...

„Wer gesellschaftlich herausgehoben ist, hat auch Verantwortung“

HK: Frieden schon, aber mit der paradoxen Situation, daß angesichts der atomaren Bedrohung die Alternative Selbstzerstörung, das Ende, wäre ...

Schäuble: Die Atomwaffen haben zunächst einmal den Krieg unmöglich gemacht, und deswegen soll man sie nicht leichtfertig aufgeben. Dies ist keine Frage der Ewigkeit, aber ehe wir eine bessere Ordnung haben oder eine bessere Fähigkeit entwickeln, den Krieg zu verhindern, brauchen wir Atomwaffen. Dies schließt ein, nicht aus, daß wir jeden Schritt zur Reduzierung atomarer, chemischer und konventioneller Waffen nutzen. Wir müssen in dem Zusammenhang aber auch klarstellen, daß wir der Verwirklichung der Utopie weltweiten Friedens nur näherkommen, wenn es gelingt, weltweit mit rechtsstaatlichen Mitteln den inneren Frieden durch staatliches Gewaltmonopol zu sichern.

HK: Gehört zur Politikvermittlung das Setzen langfristiger Themen? Oder anders gefragt: Wie werden überhaupt Themen mittel- und langfristig zu einem politischen Thema? Beziehungsweise wer bestimmt eigentlich, was politisch zum Thema wird, und damit die Struktur politischen Problembewußtseins?

Schäuble: Es gehört zu den Aufgaben einer politischen Partei und einer Regierungspartei im besonderen, daß sie Probleme, die vor allem längerfristig einer Lösung bedürfen, zu Themen macht. Aber niemand hat ein Monopol, zu bestimmen, was Thema der Politik wird und was nicht, sondern das geht nur durch den pluralistischen Wettbewerb. Um aber im Wettbewerb ein Thema durchsetzen zu können, brauchen Sie in der Regel lange Zeit ...

HK: Lassen sich im alltäglichen Geflecht politischer Stimmungen und nur halb ausgetragener Interessengegensätze langfristige Themen, die zwischen solchen „endzeitlicher“ Betroffenheit und tagespolitischer Aktualität liegen, auch durchsetzen, bzw. können sich solche Themen überhaupt behaupten? Um ein Beispiel zu nennen: Es scheint nicht einfach zu sein, für die mit dem Geburtenrückgang zusammenhängenden Probleme öffentliche Aufmerksamkeit zu finden, obwohl die Wirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf das gesamte Sozialsystem jetzt schon offenkundig sind.

Schäuble: Sicher brauchen gerade solche Themen lange Zeit, die im eigenen Lebenskreis noch zu keinem existentiellen Problem geworden sind. Die Folgen des Geburtenrückgangs, die Veränderungen im Altersaufbau finden in der öffentlichen Diskussion noch nicht die Aufmerksamkeit, die sie verdienen. Aber es beginnt sich bewußtseinsmäßig doch einiges zu verändern. Dies wird sich bereits bei der Rentenreform zeigen. Und heute schon ist erkennbar, daß Familienpolitik – zweifelsfrei ein Verdienst der gegenwärtigen Bundesregierung und in ihr vor allem des Kanzlers und der Union – in der Öffentlichkeit wieder einen höheren Stellenwert hat als noch vor 10 Jahren.

HK: Ein ganz anderes, aber in unserem Zusammenhang vergleichbares Thema ist Europa. Als der Bundeskanzler auf einer Pressekonferenz vor den Ferien seine „konzertierte Aktion“ im Blick auf die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes 1992 ankündigte, war das Echo denkbar gering, obwohl – konzertierte Aktion hin oder her – mit der Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes beträchtliche Umstellungsprobleme für Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik verbunden sind.

Schäuble: Ich bestreite nicht den Rang, aber so etwas kann nicht durch eine Pressekonferenz des Bundeskanzlers zum Thema gemacht werden. Ich bin jedoch gerade in dem Punkt zuversichtlich. Alle Befunde im europäischen Vergleich weisen aus, daß die bundesdeutsche Bevölkerung eher deutlicher als die anderer Länder erkannt hat, was die Verwirklichung des Binnenmarktes der Europäischen Gemeinschaft für die europäische Einigung und für

das eigene Land bedeutet. Wir haben eine sehr erfolgreiche deutsche Präsidentschaft hinter uns. Das ist nicht nur im Ausland, sondern auch bei uns anerkannt worden. Wir werden jetzt versuchen, die verschiedenen Verbände an einen Tisch zu bringen. Damit werden wir auch mehr Öffentlichkeit schaffen. Ich bin sicher, daß die Verwirklichung des gemeinsamen Marktes mit allen Chancen und Problemen, die er vom Lebensmittelrecht – denken Sie an den Hormonskandal – bis zum Sozialrecht mit sich bringen wird, sehr bald zu einem sehr „erfolgreichen“ Thema werden wird.

HK: Kommt unter den Bedingungen der inneren Machtverteilung in unserer Gesellschaft das Gemeinwohl als Ziel von Politik noch angemessen in den Blick? Oft hat es den Anschein, es komme politisch höchstens noch eine Bündelung von Teilsommen aus Einzelinteressen zustande.

Schäuble: So negativ sehe ich das nicht. Aber ich empfinde es als Problem, daß die Eliten in unserer Gesamtgesellschaft ihrer Verantwortung nicht in zureichendem Maße gerecht werden. Wenn ich sehe, was Ärzte, angeleitet durch ihre Berufsverbände, in ihren Wartezimmern zum Teil gegen die Gesundheitsreform plakatiert haben, dann ist das für mich nicht nur ein eklatanter Verstoß gegen das ärztliche Ethos, gegen die Berufs- und Standespflichten des Arztes, auf die wir nicht verzichten wollen, sondern Ausdruck mangelnden Sinnes dafür, was in einem Gemeinwesen geht und was nicht geht. Und wie sich die chemische und pharmazeutische Industrie zum Teil auführen, ist auch nicht viel besser. Die Glaubwürdigkeit solcher Verbände ist insgesamt nicht sehr hoch. Man braucht nur an das zu erinnern, was die Autoindustrie zur Einführung schadstoffarmer Autos verlautbart hat und wie die Geschäfte dann wirklich gegangen sind.

„Geistige Führung und Regierungsfähigkeit hängen eng zusammen“

HK: Sind diejenigen, die Sie als Eliten bezeichnen, von ihrer Funktion her etwas anderes als herausgehobene Interessenvertreter? Können sie überhaupt etwas anderes sein?

Schäuble: Führungseliten – dazu gehören nach meinem Verständnis auch Freiberufler – sind nicht notwendigerweise nur Interessenvertreter. Aber ich will das Problem jetzt nicht definitorisch vertiefen. Ich finde nur, daß Vertreter oder Sprecher großer Verbände oder diejenigen, die in Wirtschaft und Gesellschaft herausgehobene Positionen haben, auch eine gewisse Verantwortung tragen. Ich bin auch diesbezüglich gegen überzogene Erwartungen, wie ich gegen überzogene Erwartungen an die politische Elite bin. Aber wer gesellschaftlich herausgehoben ist, hat auch Verantwortung, und wir können auch auf Vorbilder nicht verzichten. Anders läßt sich eine freiheitliche Gesellschaft über einen langen Zeitraum nicht stabil halten.

HK: Was kann Politik, was kann politische Führung, wo sie gestaltend eingreift, über die Tagespolitik hinaus an Orientierung für das gesellschaftliche Zusammenleben leisten?

Schäuble: Sie kann Themen setzen, die über den Tag hinaus wirksam werden. Sie muß dabei von klaren Grundwertevorstellungen ausgehen, die für die Bevölkerung als solche erkennbar sind. Aber in einem freiheitlichen System muß dies in pluralistischer Offenheit im Wettbewerb mit dem politischen Gegner geschehen. Wer sich in diesem Wettbewerb durch Überzeugungsarbeit als mehrheitsfähig behauptet, hat die Chance, über die Tagespolitik hinaus Orientierung zu bieten.

HK: Müssen Politiker auch wieder deutlicher sagen, wofür Politik da ist und wofür nicht? Oder anders gefragt: Sind Politiker, die ja von Zustimmung leben und von daher besonders dazu neigen, mehr zu versprechen, als sie halten können, dazu überhaupt in der Lage?

Schäuble: Sie können und müssen dazu ihren Beitrag leisten, wir müssen ein Stück mehr Gelassenheit praktizieren, und wir müssen herunter von Darstellungsansprüchen, die den Eindruck erwecken, Politiker seien oder hätten zu sein Superleute, die etwas nur in die Hand zu nehmen bräuchten und dann funktioniert es auch schon. So ist es ja nicht. Damit ist nicht gesagt, daß Regierung und Parteien auf krisenhafte Entwicklungen nur reagie-

ren sollen. Wir brauchen eine vorausschauende Politik, die Krisen nicht herbeiführt, sondern möglichst schon ihr Entstehen vermeidet. Aber als politisch Verantwortliche haben wir auch die Pflicht, immer wieder zu vermitteln, daß das hohe Maß an Normalität, das wir haben, auch ein Wert ist.

HK: Was bedeutet für Sie politisch geistige Führung? Gibt so etwas im Ringen um politische Mehrheiten überhaupt Sinn?

Schäuble: Doch, aber bezogen auf den politischen Wettbewerb, wie ich ihn eben geschildert habe: Als Durchsetzen von Wert- und Ordnungsvorstellungen im politischen Wettbewerb zwischen Mehrheit und Minderheit in der parlamentarischen Auseinandersetzung. Denn der politische Prozeß beschränkt sich ja nicht auf Regierung und Opposition. Je besser es den jeweiligen Konkurrenten gelingt, ihre Wert- und Ordnungsvorstellungen zu verdeutlichen und praktisch umzusetzen, um so mehr prägen sie das gesellschaftliche Gesamtklima. Insofern hängen für mich geistige Führung und Regierungsfähigkeit eng zusammen. Als die Sozialdemokraten nach landläufigem Urteil Ende der siebziger Jahre der geistigen Führung nicht mehr fähig waren, verloren sie in der Folge auch die Regierungsfähigkeit. Wenn wir die Regierungsfähigkeit bewahren wollen, müssen wir in der Lage sein, stärker als andere für unsere Ordnungs- und Wertvorstellungen zu werben und diese auch durchzusetzen.

Unangefochtene Kirchlichkeit – universaler Horizont

Weg und Werk Hans Urs von Balthasars

Der am 26. Juni verstorbene Hans Urs von Balthasar (vgl. HK, August 1988, 396) war eine einmalige Erscheinung in der katholischen Theologie unseres Jahrhunderts. Werner Löser SJ, Dogmatiker in Frankfurt/St. Georgen, befaßt sich seit seiner Dissertation über von Balthasar als Ausleger der Kirchenväter kontinuierlich mit dem Werk des Schweizer Theologen. Nachstehend würdigt er Persönlichkeit und Theologie von Balthasars.

In den Morgenstunden des 26. Juni 1988 ist in Basel Hans Urs von Balthasar gestorben. Zwei Tage später hätte er in Rom durch Papst Johannes Paul II. in das Kollegium der Kardinäle aufgenommen werden sollen. Wie aus einem am 1. Juli zu Beginn des Beisetzungsgottesdienstes in der Hofkirche zu Luzern verlesenen Brief des Papstes an den Zelebranten, *Joseph Kardinal Ratzinger*, hervorgeht, sollte der Schweizer Theologe durch die Verleihung der Kardinalswürde für sein theologisches Werk geehrt werden. Daß es zur Teilnahme an dem Konsistorium in Rom dann

doch nicht mehr kam, fügt sich dem Bild der Persönlichkeit von Balthasars durchaus passend ein: er war seiner Kirche stets zuinnerst verbunden, bevorzugte aber den unauffälligen Dienst als Seelsorger und Schriftsteller. Bis zu seinem Lebensende hat von Balthasar ein ungewöhnlich dichtes und fruchtbares Wirken entfalten können. Dabei ist davon auszugehen, daß vieles den Augen Außenstehender verborgen ist und bleiben wird.

Ansätze, Begegnungen, Wendungen

Am 12. August 1905 wurde Hans Urs von Balthasar in Luzern geboren. Er entstammte einer alten katholischen Familie seiner Heimatstadt. Schon früh richtete sich sein Interesse auf die Literatur und die Musik. Nach der Gymnasialzeit, die er bei den Benediktinern in Engelberg und dann bei den Jesuiten in Feldkirch verbrachte, studierte er in Zürich, Berlin und Wien Germanistik. Begegnungen mit Romano Guardini, Rudolf Allers und Hans Eibl ha-